

Kongress in Berlin gegen Linkstrend



Friedrich W. Siebeke



Prof. Dr. Menno Aden



Martin Lohmann



Martin Hohmann



Prof. Dr. Klaus Hornung



Alexandra Linder



Dr. Ursula Besser



Prof. Dr. Klaus Motschmann

Am kommenden Samstag, den 7. Mai 2011, veranstaltet die Aktion „[Linkstrend stoppen](#)“ von 10.30 Uhr bis 18 Uhr einen Kongress in Berlin unter dem Motto „Deutsche „Tea Party oder neue Partei?“.

(Von Felizitas Küble, Leiterin des KOMM-MIT-Jugendverlags in Münster)

Somit kommt es zum ersten Mal in den letzten Jahren zu einem großen überregionalen Kongress, zu dem die mehr als 7000 Unterzeichner der Aktion „Linkstrend stoppen“ eingeladen sind, aber auch weitere Interessenten in und außerhalb der CDU, die von den Unionsparteien entschieden ein konservatives Profil verlangen und sich gegen die Anpassung der Merkel-Partei an den linken Mainstream wenden, der sich vor allem in den Medien zeigt.

Rechtsanwalt Friedrich W. Siebeke, der die erfolgreiche Aktion „Linkstrend stoppen“ gegründet hat, ist auch der Initiator dieses Kongresses, in dem die Frage heiß diskutiert wird: „Ist die CDU noch zu retten?“ – Wie kann die konservativ-bürgerliche Bewegung im kulturpolitischen Raum – ähnlich der amerikanischen „Tea-Party“ – Einfluss auf Politik, Medien und Öffentlichkeit nehmen und so der „schweigenden Mehrheit“ eine Stimme geben? Wodurch soll verstärkt Druck auf die CDU ausgeübt werden, um sie zu ihren christlichen, konservativen und klassisch-freiheitlichen Wurzeln zurückzuführen?

Auf dem Kongress sprechen neben Initiator Siebeke auch Heather DeLisle, Expertin der anti-linken, amerikanischen Tea-Party-Bewegung, außerdem der ehem. CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, für dessen Rehabilitation innerhalb der CDU sich der Jurist Siebeke seit Jahren einsetzt.

Zu den Rednern gehört zudem Martin Lohmann, Vorsitzender des AEK (Arbeitskreis engagierter Katholiken in der CDU) und Sprecher des Anti-Abtreibungs-Dachverbands BVL (Bundesverband Lebensrecht). Auch die Buchautorin und stellv. Bundesvorsitzende der ALfA (Aktion Lebensrecht für Alle), Alexandra Linder, wird Klartext sprechen: „Lebensschutz nicht nur als christliches Gebot, sondern auch als Antwort auf den demographischen Wandel.“

Außerdem referieren die Professoren Klaus Motschmann (Politologe) und Menno Aden (Oberkirchenrat aD) über den modernen Konservatismus bzw. über Medien als „vierte oder linke Gewalt“. Die Stadtälteste von Berlin, Frau Dr. Ursula Besser, wird ebenfalls vertreten sein; außerdem ein Vertreter der Aleviten in Deutschland, die vielfach als Moslems angesehen werden, jedoch in der Türkei

diskriminiert werden und hierzulande eine eigene Religionsgemeinschaft bilden.

Der Glaube der Aleviten enthält zwar moslemische Elemente, fühlt sich jedoch nicht an die Scharia gebunden und legt den Koran größtenteils „symbolisch“ aus. Die im Islam systemimmanente Militanz und der weitverbreitete Fanatismus werden im Alevitentum abgelehnt; daher sind alevitische Türken weitaus leichter in Deutschland zu integrieren als die eigentlichen Muslime; überdies stehen Aleviten dem türkischen Staat kritisch bis ablehnend gegenüber.

Der Kongress verspricht, spannend zu werden. Es gibt keinen Anmeldeschluss, so dass jeder Interessierte sich noch kurzfristig zur Teilnahme entschließen kann. Der Eintritt kostet 60 € inkl. Mittagessen und Tagungsunterlagen; falls eine Überweisung zu knapp wird, kann der Betrag auch an Ort und Stelle entrichtet werden.

Den genauen Tagungsort in Berlin erhält jeder nach seiner Anmeldung mitgeteilt; er wird nicht öffentlich bekanntgegeben, um Störungen von linker Seite zu vermeiden. Eine baldmöglichste Anmeldung ist für die Kongressplanung wünschenswert: Tel. 0152-24868846 – Fax: 030-577089159 oder per Mail: info@linkstrend-stoppen.de

» DeutschlandWoche: [“Linkstrend Stoppen” will CDU auf Kurs bringen](#)

Die Neurose



Um es vorweg zu nehmen: Es geht hier nicht um die Neuzüchtung einer mit [Birnen](#) und anderen [Äpfeln](#) verwandten, [stachelbewehrten](#), im Volksmund allerdings mit [Dornen](#) besetzten und dennoch beliebten Blume. Soweit der kurze Ausflug in die Botanik. Es geht um die [Zwangshandlung](#), die man – vielleicht, aber nur entfernt – mit einer [Neurose](#) vergleichen kann.

(Von Eckhardt Kiwitt, Freising)

Vor einigen Jahren hatte ich die Gelegenheit, mich ein paar Stunden lang mit einem Moslem (Konvertit) über dessen „Glauben“ zu unterhalten. Es war ein interessantes Gespräch, das mir viel über die geistige Wirrnis seines

Weltbildes aufgezeigt hat. Er „erklärte“ z.B. Erdbeben zu einer „Strafe Gottes“. Wie erläutert man so etwas einem Geologen, einem Geophysiker, ...? Unmöglich – denn die „glauben“ nicht, sondern verfügen über „Wissen“!, das sie in jahrelanger praktischer Erfahrung erworben haben.

Jedes mal, wenn dieser Konvertit den Namen seines „Propheten“ aussprach, sah er sich genötigt, ein für mich in zweierlei Hinsicht unverständliches kurzes „Gebet“, wie er es nannte, in arabischer Sprache herunterzuleiern – JEDES MAL. Er konnte davon nicht lassen.

Einerseits war dieses „Gebet“ für mich unverständlich, weil ich der arabischen Sprache nicht mächtig bin. Andererseits aber auch, weil ich nicht nachvollziehen kann, warum man einen vor fast 1.400 Jahren verstorbenen Schwerstkriminellen noch heute mit „Gebeten“ segnen sollte.

Eingespielte Zwangshandlungen lassen sich rational möglicherweise nicht erklären. Soll also jeder seine Schlüsse daraus ziehen.



Zum Autor: Eckhardt Kiwitt ist Angestellter in einem Verlag, Mitglied der Bürgerbewegung Pax-Europa und Autor des Aufsatzes „[Das Islam-Prinzip](#)“ sowie Gestalter des [PI-Kalenders 2011](#). Laut LMU-Dozent Stefan Jakob Wimmer gehört er in die Riege der „[prominenten Islamkritiker](#)“.

(Hinweis: Gastbeiträge geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion wieder. Wenn Sie selber einen Artikel beisteuern wollen, schreiben Sie uns: info@blue-wonder.org)

[Nach Festnahmen: Terrorgefahr weiter hoch](#)



Nachdem die deutschen Behörden gestern mehrere Islamisten festgenommen haben ([PI berichtete](#)), besteht kein Grund zur Entwarnung. Mehrere Mitglieder dieser Terror-Zelle seien noch auf freiem Fuß. Die Al Qaida-Mitglieder hatten geplant, einen Splitterbomben-Anschlag im Nahverkehr oder auf einer Großveranstaltung zu verüben.

Die [FAZ](#) meldet:

Die drei festgenommenen mutmaßlichen Mitglieder des Terrornetzwerks Al Qaida wollten in Deutschland mit einer Splitterbombe ein Blutbad anrichten. Sie hätten geplant, einen mit Metallteilen versetzten Sprengsatz in einer größeren Menschenmenge explodieren zu lassen, sagte der stellvertretende Generalbundesanwalt Rainer Griesbaum am Samstag in Karlsruhe. Ein genaues Anschlagziel stand aber noch nicht fest. Die Terrorverdächtigen seien „noch in der Experimentierphase“ gewesen.

Eine Gefahr für die Bevölkerung habe zu keinem Zeitpunkt bestanden. Gegen die drei Männer aus Nordrhein-Westfalen wurde am Samstag Haftbefehl erlassen. Sie seien dringend verdächtig, als Mitglieder von Al Qaida einen Terroranschlag geplant zu haben. Der Präsident des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, sagte, dass nicht alle Mitglieder des Netzwerks um die drei Beschuldigten bekannt seien. „Wir können keine Entwarnung für Deutschland geben. Wir müssen in Deutschland weiterhin mit Anschlägen islamistischer Terroristen rechnen“, sagte Ziercke. Ein halbes Jahr lang hatten die Ermittler des Bundeskriminalamts die mutmaßlichen Religionskrieger beobachtet. Zentrale Figur ist ein 29 Jahre alter Marokkaner.

Der ehemalige Maschinenbau-Student der Universität Bochum soll Anfang vergangenen Jahres in ein Ausbildungslager von Al Qaida im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gereist sein. Dort habe er von einem hochrangigen Mitglied des Terrornetzwerks den Auftrag erhalten, in Deutschland einen Sprengstoffanschlag zu verüben. Als er am Freitagmorgen festgenommen wurde, bedrohte er die Polizisten zunächst mit einem Messer. Er gab jedoch, wie der Einsatzleiter berichtete, „nach kurzer Ansprache“ auf. Seine beiden Komplizen,

ein 31 Jahre alter Deutsch-Marokkaner und ein 19-Jähriger mit deutscher und iranischer Staatsangehörigkeit, sollen ihn bei der Umsetzung der Pläne unterstützt haben. Der Deutsch-Marokkaner sei in Düsseldorf in einem „sehr westlich geprägten Umfeld“ aufgewachsen, sagte BKA-Chef Ziercke. Er habe zuletzt als Elektriker gearbeitet. Der 19-Jährige besuchte ein Gymnasium und stand kurz vor dem Abitur.

„Es können auch mehr sein“

Die Beschuldigten seien Mitglieder eines Netzwerks von sieben bis acht Personen gewesen, sagte Ziercke. „Aber es können auch mehr sein.“ Die Ermittlungen zur Aufdeckung des Netzwerks seien noch nicht abgeschlossen. Dennoch hätten sich die Ermittler zur Festnahme entschlossen, um „mögliche Schäden Unbeteiligter auszuschließen“. Ein mögliches Ziel für einen Anschlag hätten Veranstaltungen im Großraum Düsseldorf sein können. Nach den abgehörten Gesprächen in einer Düsseldorfer Wohnung hatten die Beschuldigten aber auch darüber nachgedacht, den Sprengsatz „an einer Bushaltestelle oder in einem Bus“ zu zünden.

Die technischen Vorbereitungen zum Bombenbau waren allerdings noch nicht abgeschlossen. Wie Ziercke berichtete, suchten die Beschuldigten im Internet nach elektronischen Bauteilen und nach sogenannten Bombenkochbüchern, also Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen. Außerdem versuchten sie, Wasserstoffperoxid, Aceton und weitere Materialien zu beschaffen.

„Marrakesch hätte ein stimulierendes Ereignis sein können“

Zuletzt versuchten zwei der Männer, aus Grillanzündern Hexamin zu gewinnen, um damit einen Zünder für die Bombe herzustellen. Fertiger Sprengstoff wurde entgegen erster Berichte nicht sichergestellt, wohl aber ein Behältnis, in dem möglicherweise Sprengstoff aufbewahrt wurde. Insgesamt durchsuchten die Ermittler sechs Wohnungen. Die Ermittlungen gehen auf Hinweise zurück, die im vergangenen Herbst zur „Terrorwarnung“ des Bundesinnenministers führten. Hierbei nutzte das Bundeskriminalamt seine 2009 neu geschaffenen Kompetenzen zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus – unter anderem Online-Durchsuchungen und die Überwachung von Wohnräumen.

In den abgehörten Gesprächen hätten die Drei den Bombenanschlag in Marrakesch „freudig begrüßt“, berichtete Ziercke. Bei dem Attentat am Donnerstag waren 16 Menschen getötet worden. „Marrakesch hätte ein stimulierendes Ereignis sein können“, sagte Ziercke. Auch deshalb hätten sich die Fahnder zu einer schnellen Festnahme entschlossen, obwohl die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen waren.

Ein Video mit Auszügen von der Pressekonferenz gibt es [hier](#).

Westergaard Stiftung für die „Redefreiheit“

Ankündigung: Die Westergaard Stiftung für die „Redefreiheit“ und ihre Kampagne! Im Zusammenhang mit der Gründung der [Westergaard Stiftung](#) rufen wir eine Kampagne für Pressefreiheit 2011 ins Leben. Es dreht sich hierbei um den Gedanken der Meinungsfreiheit, wie er historisch gesehen wurde und wie man heute damit umgeht. Es ist die Absicht eine Diskussion in Gang zu setzen, über die Meinungsfreiheit, wie wir sie im Westen heute kennen, und wie wir ihre zukünftige Entwicklung beeinflusst durch die Globalisierung und die damit zusammenhängenden Herausforderungen, betrachten.

Neues zum Thema: [The Best-Laid Plans of Mice and Men](#)

Das Gründungskapital wird gesammelt durch den Verkauf von persönlich signierten Drucken seiner neuesten Zeichnung mit dem Titel „Redefreiheit“, durch Herrn Westergaard.

Das Konzept

„Redefreiheit 2011“ kann als Lehrmaterial oder als Konzept für Seminare genutzt werden, sowie für Diskussionen in Foren, in Organisationen, Unternehmen und Institutionen. Im Verlauf der Entwicklung wird eine Online-Hilfe eingerichtet werden mit direktem Kontakt zu Experten, wo die relevanten Fragen unter Herausarbeitung des Themas beantwortet werden.

Das Entwicklungsteam freut sich auf Ihre Vorschläge, Gedanken und natürlich auf alle Verbesserungsvorschläge. Wir sind davon überzeugt, dass die Debatte über die Meinungsfreiheit natürlich ein fortschreitender Prozess ist, der niemals enden darf, damit wir sie nicht verlieren!

Jede Zeichnung wird vom Künstler persönlich signiert und kommt zu Ihnen mit einem Zertifikat, das den Käufer zu einem Teil der Kampagne Redefreiheit 2011 macht.

Phyllis Chesler hat einen Artikel über die Westergaard Stiftung auf ihrer Webseite dem [NewsReal Blog](#) veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie auch auf der Seite von Hans Erling Jensen namens [Eticha](#).

Schauen Sie auf unsere Sidebar, dort finden Sie eine kleinere Version des Bildes mit den dazugehörigen PayPal Knöpfen, damit Sie Ihr eigenes Exemplar bestellen können.

Weiter unten finden Sie die Presseveröffentlichung für Redefreiheit 2011:

Kurt Westergaard gründet eine Stiftung!

Der Künstler und Karikaturist Kurt Westergaard gründet heute eine Stiftung,

um die Redefreiheit zu unterstützen. Die Stiftung gründet sich auf der Ansicht, dass die Meinungsfreiheit ein Eckpfeiler der Demokratie ist, sie ist entscheidend für einen dynamischen Dialog und die Entwicklung einer Gesellschaft.

Kurt Westergaard, der zahlreiche nationale und internationale Preise für seinen Standpunkt gegenüber der Redefreiheit erhalten hat, verkauft nun persönlich signierte Drucke seines Werks Redefreiheit, um die Finanzierung des Fonds der Westergaard Stiftung zu ermöglichen. Eine Stiftung, für diejenigen, die unter Gewalt oder Verfolgung leiden auf Grund ihrer Ansichten!

Staatsoberhäupter, Nobelpreisträger, Künstler und insbesondere normale Menschen aus vielen Teilen der Welt haben in den vergangenen Jahren Kurt Westergaard geehrt und unterstützt und so die Bedeutung seiner Beharrlichkeit und seines Glaubens erkannt.

Kurt Westergaard hat mit seiner Zeichnung Redefreiheit, die er in gewohnter Weise geradeheraus in seiner Farbgebung und Symbolik geschaffen hat, ausgedrückt, unter welch schwierigen Umständen die Redefreiheit heute existiert. Die Zeichnung regt dazu an, nachzudenken und sich seine eigenen Vorstellungen zu machen. Die Art der Vorstellung, die Kurt Westergaard mit den Worten „der unbeugsame Verteidiger der Meinungsfreiheit“ beschreibt.

Einmal im Jahr wird das Gremium, sowie eine Beratungsgruppe, fünf Kandidaten für den Preis nominieren: Den Westergaard Preis. Der Gewinner wird im November/Dezember eines jeden Jahres bekannt gegeben und kurz darauf wird eine feierliche Zeremonie stattfinden.

Die Nominierten werden Menschen sein, die den Mut besessen haben gegen die Unterdrückung aufzubegehren. Menschen, die beispielsweise durch Gedichte, Filme, durch Bilder, Lieder, in Theaterstücken oder mit Hilfe artistischer Kreativität, Beharrlichkeit gezeigt haben, und sich zu ihrer Überzeugung bekannt haben ungeachtet von Gewalt, Verfolgung, Todesdrohungen usw.

Die Zeichnung *Redefreiheit* wird in den meisten Teilen der Welt für den symbolischen Preis von 100€ (USD \$150) verkauft, um die Schaffung des Fonds zu unterstützen.

Eine Anbieterliste kann man finden bei: www.galleri-draupner.dk und: www.eticha.dk. In nächster Zeit kann man weitere Information bei www.westergaardfoundation.com nachlesen.

Die Stiftung besteht aus einem Vorstand sowie einem nationalen und internationalen Beratungsgremium, dessen Mitglieder auf der ganzen Welt nach Menschen suchen, auf den Gebieten Kunst und Kreativität, die durch ihre Arbeit im Widerspruch mit einem Regime, Glauben, einer Diktatur oder einer anderen Art der Macht stehen, die den Nominierten Anschlägen oder Drohungen aussetzt.

Anfangs wird das Gremium folgendermaßen zusammengesetzt sein:

° Hans Erling Jensen

- ° Farshad Kholghi
- ° Henryk M Broder

Pressekonferenz:

Am Montag, den 2. Mai um 10:00 Uhr wird eine Pressekonferenz stattfinden.

Veranstaltungsort:

Gallery Draupner
Låsbyvej 15 8660
Skanderborg

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass unter anderem aus Sicherheitsgründen, nur diejenigen Reporter, Fotografen und TV Teams zugelassen werden können, die sich vorher schriftlich angemeldet haben (der Presseausweis muss vorgezeigt werden)

Schriftliche Anmeldung:

Erik Guldager
Låsbyvej 15
8660 Skanderborg
erik@guldager.net

Fragen?

Kontaktieren Sie Erik Guldager, Tel +45 2467 7030

Eine Nachricht an Blogbetreiber:

Wenn Sie Interesse daran haben, mit ihrem Blog an dieser Kampagne teilzunehmen, wenden Sie sich bitte an: [Erik Guldager](#) um Details zu erfahren.

(Original: [The Westergaard Foundation](#), [Eticha](#), [Galleri Draupner](#), [Gates of Vienna](#) / Deutsche Übersetzung: [LIZ](#), [Europenews](#))

[Imam Idriz und der schwule Gastwirt](#)



Dietmar Holzapfel (Foto)

ist einer der beiden Geschäftsführer der Gastwirtschaft mit angeschlossenem Hotel und Wellnessbereich „Deutsche Eiche“ in München. Der sympathische 54-Jährige ist bekennender Homosexueller und hat sich intensiv mit der Haltung von Religionen hierzu beschäftigt. Zuletzt richtete sich seine Aufmerksamkeit auf den Islam, da ihn zunehmende Konflikte zwischen Schwulen und Muslimen in München tief beunruhigten.

(Von Michael Stürzenberger)

Davor drehten sich seine Sorgen vor allem um die katholische Kirche, die sich bekanntlich sehr skeptisch bis restriktiv gegenüber der Homosexualität zeigt. Im Sommer 2006 gestaltete Holzapfel für den Christopher Street Day einen diesbezüglich äußerst papstkritischen Wagen, den ihm die Münchner Polizei nicht genehmigen wollte und während des Umzugs dann auch aus dem Verkehr zog. Dagegen ging der Unternehmer vor Gericht und konnte sich letztlich [nach vier Jahren Rechtsstreit](#) durchsetzen.

In der letzten Zeit beschäftigt er sich immer intensiver mit dem Islam, da auch in München durch das Anwachsen des muslimischen Bevölkerungsanteils Aggressionen gegenüber Homosexuellen erkennbar zunehmen. Er las sich in islamische Schriften ein und stellte einen Fragenkatalog zusammen. Anschließend lud er Imam Bajrambejamin Idriz ein, darüber zu diskutieren. Idriz, der bekanntlich in der Öffentlichkeit sehr um ein weltoffenes und tolerantes Image bemüht ist, sagte zu. Da bei dem Treffen auch noch ein Redakteur der Süddeutschen Zeitung zugegen war, konnte man in der Ausgabe vom 16. Februar auch einen halbseitigen Artikel darüber lesen:



Holzzapfel hatte zur Einstimmung in die im wahrsten Sinne des Wortes „tod“-ernste Thematik ein großes Plakat mit dem Foto von zwei bedauernswerten iranischen Homosexuellen kurz vor ihrer Hinrichtung aufgehängt. Er informierte Idriz, dass seit 1979 etwa 4000 Homosexuelle im Iran getötet worden seien. Der Imam entgegnete, dass er dies nicht gewusst habe und es ihn sehr betroffen mache. SZ-Redakteur Bernd Kastner, der übrigens auch den [letzten Artikel über PI München](#) verfasst hat, vermutete, dass für Idriz das Gespräch „eine Gratwanderung“ werden würde. Und weiter:

Idriz schaut zu dem Foto neben sich, sagt, dass der Koran keine Strafe für Homosexualität vorschreibe. Soll heißen: Die Islamische Republik Iran könne sich, wenn sie Schwule hinrichtet, nicht auf den Islam berufen. Wie aber kommt es, dass in vielen muslimisch geprägten Ländern Homosexuelle diskriminiert und verfolgt werden? Meist dient den Regierungen dann doch der Glaube als Rechtfertigung.

Die Aussagen von Idriz muss man immer einem Faktencheck unterziehen, das hat [die Vergangenheit](#) bereits mehrfach gelehrt. Und so darf man an dieser Stelle den Koran zitieren. In Sure 4, Vers 15 wird die Todesstrafe für Ehebrecherinnen gefordert:

„Wenn euere Frauen sich durch Unzucht vergehen und vier Zeugen aus eurer Mitte bezeugen dies, dann kerkert sie in euerem Hause ein, bis der Tod sie befreit oder Allah ihnen sonst einen Ausweg schafft.“

Im Anschluss heißt es dann in Vers 16:

„Wenn sich zwei Männer miteinander durch Unzucht vergehen, so

strafft beide; wenn sie aber bereuen und sich bessern, dann laßt ab von ihnen; denn Allah ist versöhnend und barmherzig.“

Zwei Männer, die Sex miteinander haben, sollen also „gezüchtigt“ werden, was klar eine Strafe bedeutet. Also hat Idriz hier die Unwahrheit gesagt. Nach Meinung vieler Rechtsgelehrter sollte im übrigen die Strafe für Homosexuelle der des Ehebrechers entsprechen, also Todesstrafe, wenn er verheiratet war und 100 Peitschenhiebe, wenn er ledig war. Was schließlich auch in vielen islamischen Ländern wie dem Iran, Saudi-Arabien, Jemen etc. praktiziert wird.

Homosexualität wird darüber hinaus im Koran als „Abscheulichkeit“ dargestellt, beispielsweise in Sure 7, Vers 80-82:

„Und (Wir sandten) Lot, als er zu seinem Volk sagte: „Wollt ihr denn das Abscheuliche begehen, wie es vor euch niemand von den Weltenbewohnern begangen hat? Ihr laßt euch doch wahrlich in Begierde mit den Männern ein anstatt mit den Frauen. Aber nein! Ihr seid maßlose Leute. Die Antwort seines Volkes war nur, daß sie sagten: „Vertreibt sie aus eurer Stadt! Das sind Menschen, die sich rein halten.“



Auch Holzapfel erinnerte Idriz daran, dass Homosexualität in vielen islamischen Ländern nach der Scharia als Straftat gegen den Willen Gottes gelte. Ajatollah Musava-Ardebili von der Teheraner Universität fordere sogar die Enthauptung für Schwule. Es seien auch ausschließlich islamische Länder, die die Todesstrafe für Homosexuelle verhängen würden. Andere islamische Länder würden Steinigung, Peitschenhiebe oder hohe Gefängnisstrafen vorsehen, wobei man sich immer auf die Scharia berufe. Idriz meinte hierzu erneut, dass in den Schriften des Islam keine Strafen für Homosexualität gefordert werden würden.

Die Realität sieht hierzu ganz anders aus: Arabische und sozialistische Staaten setzten sich im [November vergangenen Jahres](#) in der UNO zur Legitimierung der Todesstrafe wegen Homosexualität durch. In London wurde jetzt auf Flugblättern vermutlich von Moslems [„schwulenfreie Zonen“](#) gefordert. „Haolam“ schreibt weiter:

Ähnliche Vorfälle werden seit einigen Jahren auch aus deutschen Grpßstädten wie Berlin, Hamburg oder Frankfurt/Main gemeldet, wo u.a. an U-Bahnstationen in einigen Stadtteilen sogenannte „No-Gay-Areas“ proklamiert werden. Verstärkt werden im Internet auch Hassvideos und Hasslieder verbreitet, in denen Islamisten zu Gewalt

gegen Juden und Homosexuelle aufrufen. Einschlägige „Prediger“ in islamistischen Staaten und auch in der arabischen Autonomiebehörde (PA) bezichtigen immer wieder Israel durch die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen „gezielt die Sünde der Homosexualität und die Verbreitung von Aids zu fördern, um die Muslime zu vernichten.“

Idriz stellte im Gespräch mit Holzapfel die Homosexualität aber als ein „natürliches Phänomen“ dar, das in den islamischen Ländern „weitestgehend tabu“ sei. Der SZ-Redakteur spürte, dass Idriz die Diskussion nicht ganz geheuer sei. Denn wenn er dieses „Phänomen“ verteufeln würde, riskierte er seinen Ruf als liberaler Vorzeige-Imam. Auf der anderen Seite dürfe er sich wohl nicht mit dem muslimischen Mainstream anlegen, und so sagte er: „Der Islam wird die Homosexualität nicht gutheißen“.

Interessanterweise arbeitet in der „Deutschen Eiche“ ein homosexueller Ex-Moslem, der sich nicht zuletzt wegen der erheblichen Probleme mit seinen Eltern vom Islam abgewandt habe. Er schaltete sich in die Diskussion ein und sagte zu Idriz, dass die Homosexualität „kein Phänomen“ sei, sondern sie gebe es, seit die Menschheit existiere. Idriz meinte, er sei noch nie mit dem Thema konfrontiert worden, er kenne keine Homosexuellen in seiner Penzberger Gemeinde und es sei ihm nicht bekannt gewesen, dass es sich um so ein weit verbreitetes „Phänomen“ handle. Es interessierte ihn, warum sich der Kellner „für diese Art von Leben entschieden“ habe.

Idriz meint, er akzeptiere „diese persönliche Entscheidung oder Neigung“, aber er werde sie „nicht propagieren“. Ob Homosexualität nun „eine Sünde“ sei, das könne „alleine Gott“ beurteilen, und alleine er dürfe auch „bestrafen oder verzeihen.“ Kein Mensch dürfe einen anderen Menschen diskriminieren, auch nicht wegen seiner Homosexualität. Wie meist bei Imam Idriz hört sich auch dies alles schön stromlinienförmig an, so nach dem Motto: „Nur kein falsches Wort sagen.“ Um den Stundenplan seines geplanten Islam-Zentrums habe er sich noch keine Gedanken gemacht, da könne er also auch noch nicht sagen, ob und wie das Thema Homosexualität dort behandelt werden wird. Aber es sei sicher, dass dort „tabulos alle wichtigen Themen diskutiert werden“. Zensur gebe es bei ihm nicht. Es ist allerdings schwer nachvollziehbar, dass ein Imam, der mit allen möglichen Themen befasst sein muss und die Imamausbildung in seinem künftigen „Zentrum für Islam in Europa in München“ durchführen möchte, noch nichts über den Lehrplan äußern kann.



Da mich als Autor dieses Artikels sowohl das Thema „Islam und Homosexualität“ als auch die Person Idriz interessieren, besuchte ich Dietmar Holzzapfel in seiner Gastwirtschaft. Wir diskutierten intensiv und auch kontrovers über die in den Schriften des Islams meines Erachtens klar erkennbare Schwulenfeindlichkeit. Im Gespräch wurde aber auch deutlich, dass Holzzapfel den Imam Idriz als durchaus sympathisch und vertrauenswürdig findet. Auch wenn er gemerkt hat, dass der Imam vielleicht nicht immer völlig ehrlich war, was seinen Kenntnisstand über die Homosexualität und seine Ansichten dazu anbelangt, kauft der Gastwirt dem Imam seinen guten Willen ab, sich auch in Zukunft dem Thema gegenüber tolerant zu zeigen. Dietmar Holzzapfel sieht im Islam wie auch in der katholischen Kirche Hardliner und Progressive. Er glaubt, dass Idriz einer Linie angehöre, die den Koran interpretiere, was Konservative dagegen verbieten. Hier könnte man natürlich grundsätzlich die Frage stellen, ob es der Islam überhaupt gestattet, den Koran als zeitlos gültiges und unveränderliches Wort Allahs in irgendeiner Form zu interpretieren. Die Antwort hierzu bleibt die spannendste Frage in der ganzen Diskussion um den Islam.

Es gab auch einige hochinteressante Themen im Gespräch mit Imam Idriz, die nicht den Weg in den SZ-Artikel fanden. So erzählte Holzzapfel beispielsweise vom schwulen Imam Muhsin Hendriks in Johannesburg, der die Organisation „Inner Circle“ zur Unterstützung von schwulen Moslems gegründet habe. Imam Idriz entgegnete, dass er diesen Imam nicht kenne. Und so eine Organisation bräuchte man auch nicht, denn die Homosexualität sei eben kein Problem im Islam und mit ihm auch nicht unvereinbar.

Außerdem wies Holzzapfel Idriz auf den Kinsey-Report hin, in dem behauptet wurde, 90 % aller Männer hätten schon einmal ein homoerotisches oder homosexuelles Erlebnis gehabt. Kenne er diesen Report, seien dies alles Sünder und habe er so etwas auch schon erlebt? Idriz verneinte alle drei Fragen.

Ob die Geschichte mit der Liebe zwischen dem König David und dem jungen Jonathan, die in der Bibel schwärmerisch beschrieben werde, auch so im Koran

stehe, konnte Idriz ebenfalls nicht beantworten: „Keine Ahnung“. Seltsam, denn Idriz ist ein „Hafis“, der den Koran seit seinem 11. Lebensjahr auswendig kennt. Auf die Frage nach der Gleichberechtigung der Frau meinte er erstaunlicherweise, dass Frauen im Islam durchaus auch Imame werden könnten.

Holzapfel erinnerte Idriz auch daran, dass im Koran dem Moslem Sex nur mit seiner / seinen Ehefrauen gestattet sei, sowie auch mit Sklavinnen. Idriz entgegnete, dass es heutzutage keine Sklavinnen mehr gebe. Auch hierbei scheint sich Idriz mit der Realität in manchen islamischen Ländern nicht allzu gut auszukennen. Holzapfel warf hierzu auch ein, dass es zudem das Problem der Vergewaltigung gebe, da Ungläubige im Islam eben als minderwertig angesehen werden, was Idriz ebenso bestritt.

Den Hinweis, dass dogmatische Islamisten der Überzeugung seien, dass nur die Umwelt aus einem Menschen einen Homosexuellen mache, und deswegen die Geschlechtertrennung im Islam dies dann doch geradezu fördere, entgegnete Idriz, dass er diese Theorie nicht kenne. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass es auch im Tierreich Homosexualität gebe.



Auch der Landesbeauftragte der in Bayern neu zu gründenden Partei „DIE FREIHEIT“, Christian Jung, war bei dem Gespräch dabei. Denn in seiner politischen Grundauffassung bezieht sich „Freiheit“ selbstverständlich auch auf die Sexualität. Homosexuelle müssten seiner Meinung nach selbstverständlich jeden Schutz und auch jede Form der Gleichberechtigung erfahren. Jung ließ auch seine Erfahrungen im Umgang mit dem Islam und Imam Idriz einfließen. Trotz aller Warnungen blieb Dietmar Holzapfel optimistisch. Man kann es der schwulen Szene im Glockenbachviertel und auch andernorts in München und Deutschland nur wünschen, dass sich ihnen die Intoleranz des Islam nicht allzu kompromisslos entgegenstellt.

Niederländische Lehrer dürfen nicht zur Polizei



Niederländische Lehrer werden von ihren Schulleitungen unter Druck gesetzt, Drohungen und Beleidigungen von Schülern nicht zur polizeilichen Anzeige zu bringen. Dies [meldet](#) die holländische „Dutch News“. Die Schüler haben – welche Überraschung! – oft einen Migrationshintergrund. Die „Maßnahmen“ der Schulleitungen reichen bis zur drohenden Entlassung.

Wohlgemerkt, es geht um Todesdrohungen! Zum Beispiel für bessere Noten. „Dutch News“ schreibt:

Schools are putting teachers under pressure to keep silent if they receive death threats from pupils. Teachers are advised against going to the police and sometimes even offered hush-money, according to TV programme EenVandaag.

A teacher recounted on EenVandaag how the school management instructed her to give a higher mark to an aggressive pupil for fear he would turn to violence if he did not receive this. This pupil had at that time already made death threats to six teachers.

There was reason to assume that the pupil was dangerous because he was a friend of the Turkish boy who shot a teacher through the head in a school in The Hague in 2008. But instead of informing the police, the school management tried to please him.

Another teacher recounted how schools sometimes dismiss teachers when they go to the police to make a report against a violent pupil. One teacher even had to promise as a condition for her severance pay that she would never discuss the threats made against her with anyone. Another teacher, whose exam questions were stolen by a pupil, was advised by the school management to buy the questions back from the thief.

One school allowed pupils to put up pornographic posters on which the faces of their teachers were used. These were only removed for

the periodical parents evenings, when parents come to discuss the performance of their children with the teachers.

According to a poll by EenVandaag, 10 percent of the secondary school teachers say they have experienced physical violence in the past three years. Sometimes the perpetrator was a parent, but mostly a pupil. Some 24 percent say they receive threats of violence or death threats. The problems are worst in schools with many immigrant pupils, and at the lower educational levels.

Schulbezirke mit vielen Zuwanderern sind besonders betroffen. Welch Wunder! Sicher nur Zufall.

(Spürnase: Rüdiger W.)



[Discomörder rappten in Gewaltvideo](#)



Als am Ostermontag ein Brite in der Frankfurter Diso U60311 [von Türstehern zu Tode geprügelt](#) wurde, war eins schnell klar: Deutsche können das nicht gewesen sein. Denn während die Herkunft des Opfers offenbar wichtig für den Tathergang war, sprach das Schweigen zur Nationalität der Täter Bände. Hätten die Journalisten es sich nehmen lassen, diese als Deutsche zu benennen, wenn es dazu irgendeine Möglichkeit gegeben hätte? So aber gab es statt eines bundesweiten Empörungsturm über einen ausländerfeindlichen Mord nur ein paar kleine Berichte in der Lokalpresse. Das hat aber auch Vorteile: dort meldeten sich in Leserbriefen schnell Ortskundige, die die unterschlagenen Informationen nachlieferten.

Wie in einer westdeutschen Großstadt gar nicht anders vorstellbar, stammten auch die berüchtigten Türsteher der U60 selbstverständlich aus dem gewaltafinen turko-arabischen Kulturkreis. Besonders einer war gefürchtet, gehört zu den zwei jetzt endlich Inhaftierten und sei besonders durch die Tätowierungen an Kopf und Hals auffällig.

Wie Insider jetzt mitteilten ist dieser, wie auch der zweite verhaftete Täter, bereits in dem folgenden Video des Gewalttrappers „Haftbefehl“ zu sehen. Dass sie dabei ungeniert auch Waffen zeigen, für deren Besitz jeder Deutsche nach den Waffengesetzen der GRÜNEN belangt würde, versteht sich:

(Spürnasen: Hausener Bub, Islam nein danke, Fred D.)



brave new

VIDEO BLOG ABSEITS

Neuer Video-Blog abseits vom Mainstream



brave new video

VIDEO BLOG ABSEITS VOM MAINSTREAM

Es gibt immer mehr Menschen, die sich nicht mehr von der politischen Korrektheit betäuben lassen. Besonders im noch relativ freien Internet ist dies zu spüren und zu erleben. Vor ein paar Tagen ging mit Brave-new-Video.de ein neuer Video-Blog an den Start, der einen neuen Weg des Videojournalismus einschlagen möchte. Brave-new-Video möchte eine Plattform abseits des Mainstreams anbieten, auf dem politisch inkorrekte Videos gebündelt werden.

Die Betreiber wollen darauf achten Verschwörungstheoretikern sowie Links- und Rechtsradikalen keine neue Plattform zu bieten. Brave-new-Video möchte vielmehr seine User dazu ermutigen, selbst Videos zu produzieren und gibt dazu auch Hilfestellungen.

Brave-new-Video möchte auch Medien-Profis eine Plattform bieten, Beiträge absolut anonym zu veröffentlichen, da es auch bei den Mainstream-Medien zahlreiche Mitarbeiter gibt, die Beiträge gegen ihre Überzeugung oder gar gegen die Wahrheit produzieren oder an diesen mitarbeiten müssen. Bei Brave-new-Video können diese Leute ihr Fachwissen einbringen und der Wahrheit eine Plattform bieten oder sie können anonym Material einsenden.

Einige der zur Zeit bei Brave-new-Video veröffentlichten Videos sind nur „Platzhalter“, bis genügend eigene Videos produziert bzw. eingesendet wurden.

Wer steckt hinter Brave-new-Video?

Brave-new-Video ist ein Projekt einer Gruppe von Idealisten aus verschiedenen Gesellschaftskreisen und mit den unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter von Brave-new-Video sind partei- und wirtschaftlich unabhängig. Der Anspruch des Teams an sich selbst ist die Förderung des politischen und gesellschaftlichen Pluralismus bei

Bewahrung unserer europäischen Identität.

Grundgesetz und die universalen Menschenrechte, begründet in der Aufklärung und des Humanismus sind die Grundlagen der Arbeit von Brave-new-Video. Brave-new-Video hat sicher nicht so viele finanzielle Mittel wie der jetzt in Frankreich an den Start gehende Sender Muslimedia.tv ([PI berichtete](#)), da Brave-new-Video keine Gelder von Regierungen oder Religionsverbänden erhält. Wenn dir die Philosophie von Brave-new-Video gefällt, gibt es mehrere Wege die Homepage zu unterstützen.

- Produziere selbst Videobeiträge
- [Sende](#) interessante Videolinks ein (keine TV-Produktionen)
- Unterstütze die Homepage finanziell durch Sponsoring

Wenn du aktiv mitarbeiten möchtest, dann schau auf der Homepage unter [Jobs](#). Es werden noch ehrenamtliche Mitarbeiter gesucht. Die Betreiber bitten euch, sich im Portal anzumelden, damit ihr über neue Videos informiert werden könnt.

» Kontakt: info@brave-new-video.de

(Text: „Koblenzer“)

[Linke wollen Migranten für Terror anwerben](#)



In Berlin hat die Polizei Hinweise, dass die Linken arabische Migranten für ihren Terror zum 1. Mai anwerben. Der Innensenator der Hauptstadt, Ehrhart Körting ist mittlerweile so verzweifelt, dass er sich „einen Platzregen“ rund um den 1. Mai wünscht. Doch der wird nicht kommen...

[Die WELT](#) schreibt:

Berlins Sicherheitsbehörden haben wochenlang Gelassenheit demonstriert vor dem 1. Mai 2011. Tatsächlich sprach einiges dafür, dass der Verlauf der offenbar unvermeidbaren Krawalle weniger vehement ausfallen könnte als in früheren Jahren, vor allem im Vergleich zu 2009, als ein Gewaltausbruch nach der traditionellen „Revolutionären 1. Mai-Demo“ die Polizei überraschte.

Die Mobilisierung in der linken Szene zum „Tag des Zorns“ war sehr zurückhaltend. Ein krawallträchtiges Ereignis wie der Nato-Gipfel im April verlief ohne Störung.

Vor allem aber sind anders als in früheren Jahren keine Aufmärsche von NPD und anderen Neonazis angekündigt, die stets den Zorn von antifaschistischen Blockierern nährten und die Reihen von Autonomen bis hin zu bürgerlichen Protestlern schloss.

Die Rechten marschieren in Halle, Bremen und Greifswald, dorthin werden Berliner reisen. Und einige werden nach Hamburg fahren, wo für die Rettung des alternativen Zentrums Rote Flora demonstriert werden soll.

Vermummte warfen Farbeier und Steine

Je näher das Mai-Wochenende jedoch rückt, desto höher steigt die Erregungskurve der Sicherheitsbehörden. Sie nehmen Hinweise ernst, dass die Linken unter arabischen Jugendlichen Unterstützer anwerben mit dem Hinweis auf die Umstürze in der arabischen Welt.

Und die Behörden haben kaum eine Vorstellung, was sich am 30. April ereignen wird, wenn anders als in früheren Jahren bereits eine Demonstration gegen Verdrängung und Aufwertung der Innenstadtteile durch Berlin-Mitte zieht.

In den vergangenen Nächten lieferten die Linksextremisten einen Vorgeschmack auf das, was Körting und seine Polizeiführer für das wahrscheinlichste Szenario für Walpurgisnacht und 1. Mai halten. Kleine Trupps von schwarz Vermummten versammelten sich in Mitte und Neukölln, sie warfen Farbeier und Steine auf das Neuköllner Jobcenter sowie das Haus der Wirtschaft, zerstörten Scheiben von Bankfilialen, schleuderten Brandsätze auf eine Senatsdienststelle und ein Gericht, steckten Autos der Deutschen Bahn in Brand.

Vor zweieinhalb Wochen hatten Unbekannte bereits ein Polizeirevier in Friedrichshain mit Molotowcocktails attackiert und dabei um ein Haar einen gerade in der Sicherheitsschleuse stehenden Putzmann in Brand gesetzt.

Ähnlich waren die autonomen Randalierer vorgegangen, nachdem die Polizei im Februar ein linkes Hausprojekt in Friedrichshain geräumt hatte. Plötzlich tauchten sie sogar in der Schlossstraße im bürgerlichen Steglitz auf und demolierten die Fassade eines Kaufhauses.

Mehr als 6000 Polizisten im Einsatz

Die linke Szene ist inzwischen zu schwach für eine Feldschlacht und hat nicht mehr den Zuspruch, um ganze Stadtteile wie den Norden Kreuzbergs gegen die Polizei verteidigen zu wollen wie 1987, als die Polizei stundenlang ausgesperrt war.

Körting weiß aus der Erfahrung von zehn Maitagen als Innensenator, dass seine Polizisten gegen eine solche dezentral angelegte Strategie wenig ausrichten können. Man könne nicht die ganze Stadt in Raumdeckung nehmen, sagt der Senator. Nachdem Körting zunächst von 5000 Polizisten ausgegangen war, will er nun mehr als 6000 in den Einsatz schicken. Früher waren es auch mal 10.000.

Auch für die Linken ist der diesjährige Maitag anders als früher. Die Attacken in Neukölln, die auch Frauen und Kinder gefährdeten, oder der Brandanschlag auf den Raumpfleger des Polizeireviers haben auch in der Szene zu einer neuen Debatte über Gewalt geführt. In den einschlägigen Internet-Foren warnen Teilnehmer davor, dass „Militanz auch vermittelbar“ bleiben müsse.

Gerade in dem Bemühen, den 1. Mai zu „repolitisieren“, versuchen Teile der Szene, Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Dabei setzen die Gruppen eher auf die verbreitete Angst, angesichts steigender Mieten aus der Innenstadt verdrängt zu werden als auf den Kampf gegen den Kapitalismus an sich.

Linke hoffen auf Solidarisierung

Tatsächlich haben auch die Autonomen ihre angestammten Räume verloren. Die Walpurgisnacht am 30. April, die stets als Aufgalopp zu dem Krawall-Tag galt, darf dieses Mal nicht am Boxhagener Platz in Friedrichshain stattfinden, sondern muss auf eine nahe gelegene Grünanlage ausweichen. Auf dem Platz gibt es einen Wochenmarkt, wo junge Familien und Touristen Gemüse einkaufen.

Auch die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“, die stets um 18 Uhr beginnt, wird die ehemalige Kampfzone im alten Postzustellbezirk SO 36 verlassen. Die Route verläuft durch Neukölln, wo sich die Anmelder Zuspruch der vom internationalen Partyvolk bedrängten Anwohner versprechen. Der Zug endet am bürgerlichen Südstern.

Auf dem Aufmarschgebiet rund um die Oranienstraße findet wieder das „Myfest“ statt. Türkische Familien aus dem Kiez dürfen hier mit Lizenz Bier aus Pappbechern verkaufen. Junge Migranten wirken als Security-Leute mit, Zehntausende kommen und hören Punk und Hip-Hop vor den diversen Bühnen. Polit-Aktivisten bauen Info-Stände auf. Auch die lokale CDU will in dem für sie wenig freundlichen Umfeld Flagge zeigen.

Linke Aktivisten, denen die von grünen und sozialdemokratischen Bezirkspolitikern betriebene Befriedung des Kreuzberger Mai-Tages

ein Dorn im Auge ist, haben nun angekündigt, doch am Nachmittag auf dem Festgelände zu demonstrieren. Als das nicht gut ankam, mussten sie klarstellen, dass sie keineswegs die Besucher des Festes angreifen wollten. Im Gegenteil: Man hoffe auf eine Solidarisierung, denn es gehe ja gegen Armut, Verdrängung und Polizeigewalt.

„Glänzende Aussichten!“ ... Es gibt neue „Koalitionsverhandlungen“ zwischen den linken Terroristen und arabischen Antisemiten. Ausgehandelt wird vermutlich, wer welchen Part in dem blutigen Spuk zum 1. Mai unternehmen soll. Da der von Innensenator Körting gewünschte Platzregen nicht kommt und die Politik weiterhin keine Antworten hat, werden wir uns in den kommenden Tagen wohl wieder auf blutige Krawalle einstellen müssen.

(Michael Böthel)

Burkaverbot ist europaweiter Trend



Nach Frankreich erachten immer mehr Länder in Europa quer durch fast alle politischen Parteien die Burka nicht länger als „religiöses Kleidungsstück“, das religiöse Freiheit zum Ausdruck bringt, sondern als „Symbol der Unterdrückung der Frauen“. Belgien hat bereits ein Verbot der Burka auf den Weg gebracht. Die Niederlande und Spanien planen ähnliche Gesetze. Deutschland bisher nicht, hier wäre dies „